

Kloten Zwölf Länder wollen ab 1. Juli Abgabe auf Flugtickets einführen

Breite Ablehnung der neuen Steuer

Fluggesellschaften – und damit die Passagiere – sollen ab dem 1. Juli die Entwicklungshilfe mitfinanzieren. Die Meinungen über den Nutzen dieser von Frankreich initiierten Idee divergieren stark.

Patrick Huber

Die Entwicklungshilfe ist eine Staatsaufgabe und nicht Sache der Airlines, nimmt Aerosuisse, der Dachverband, der die Interessen der schweizerischen zivilen Luftfahrt wahrnimmt, zum brisanten Thema Stellung.

Wo liegt das Problem? Vor einigen Jahren hat Frankreichs Präsident Jacques Chirac die Idee lanciert, auf Flugbillette eine Steuer zugunsten der Entwicklungshilfe zu erheben. Diese Gelder sollen für den Kauf von Medikamenten gegen Aids, Tuberkulose und Malaria eingesetzt werden. «Eine solche zusätzliche Steuer würde zu einer untragbaren Belastung der Fluggesellschaften und zu Wettbewerbsverzerrungen führen», kritisiert Aerosuisse-Präsident Paul Kurrus die Idee.

Frankreich wird diese Gebühr – je nach Flugdistanz kann sie bis zu 40 Euro betragen – auf sämtlichen Flügen ab französischem Boden einführen. Die Franzosen haben inzwischen einige Verbündete gefunden. Aus Europa erhalten sie von Luxemburg, Norwegen und Zypern Unterstützung, aus Lateinamerika haben Brasilien, Chile und Nicaragua zugesagt, aus Afrika die Elfenbeinküste, die Republik Kongo, Madagaskar sowie Mauritius und aus dem Nahen Osten Jordanien.

Bis zu 40 Euro Zuschlag

Strikt abgelehnt wird das Projekt von den USA und Kanada; Grossbritannien hat schon längere Zeit angekündigt, Gelder aus einer bestehenden Flugsteuer für das Projekt abzuzweigen. Deutschland macht die Unterstützung davon abhängig, dass sich eine grosse Zahl von Ländern anschliesst.

Auf wenig Begeisterung stösst diese Idee auch bei der Swiss. «Wir erachten diese Abgabe als unsinnig, willkürlich und wehren uns entschieden dagegen», sagt Swiss-Sprecher Jean-Claude Donzel auf Anfrage. Auch Lufthansa-Chef Wolfgang Mayrhuber habe sie als «falschen Weg» bezeichnet. Die Initiative sei zu Zeiten lanciert worden, als sich nur wenige Leute den Luxus des Fliegens leisten konnten. Dies sei heute eindeutig nicht mehr der Fall. Die Swiss wird diese Steuer allerdings auf Flügen von französischen Flughäfen aus erheben müssen. Pikantes Detail: Frankreich führt die Flugticketsteuer ein, obwohl sich Widerstand aus der eigenen Luftfahrtbranche gebildet hat.

Je nach Sitzklasse und Distanz liegt der Betrag zwischen 1 und 40 Euro. Der Elysée-Palast rechnet mit Einnahmen von rund 200 Mio. Euro pro Jahr.

Auch lata dagegen

Auch lata dagegen

Entschieden gegen diese Steuer ausgesprochen hat sich auch der Verband der internationalen Luftverkehrsgesellschaften (Iata). Er argumentiert, dass die Airlines heute schon einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie Touristen und Waren an Destinationen und dortige Märkte transportieren. «Die Fluggesellschaften spielen eine entscheidende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Nationen, indem sie Menschen und Gütern den Zugang zum Weltmarkt ermöglichen», sagt Iata-Direktor Giovanni Bisignani. Verteuere man die Transportkosten mit einer zusätzlichen Steuer, «beisst man die Hand,



die einen füttert».

Chiracs gut gemeinte Idee wird nicht einmal von allen Staaten des afrikanischen Kontinents unterstützt. Diese Steuer würde die Transportkosten verteuern und zu Einnahmeverlusten führen, da die Fluggesellschaften nicht mehr alle Ziele anfliegen würden, heisst es unter anderem.

In Afrika hat die Luftfahrt 470 000 Jobs geschaffen und letztes Jahr 11,3 Mrd. Franken in die Kassen gespült. Im letzten Jahr betrug das Passagierwachstum auf dem schwarzen Kontinent 9,9 Prozent (auf der übrigen Welt 7,6 Prozent).